

HERMANN MEIER-CRONEMEYER

## Vom Nutzen koboldischen Lärms

Bemerkungen zu dem Echo auf das Jaspersche Fernsehinterview

Als im August des vergangenen Jahres die Erregung um ein Interview des Basler Philosophen im westdeutschen Fernsehen so hohe Wogen schlug, daß der Bonner Korrespondent einer Schweizer Zeitung berichten konnte, nicht einmal *Chruschtschow* sei es vergönnt gewesen, eine derartige Demonstration der Einigkeit auszulösen, da schien es *Karl Jaspers* in einem Nachwort zum Abdruck eben dieses Interviews in der *Frankfurter Allgemeinen*, als sei ein neckischer Kobold in die zeternden Bonner Politiker und Publizisten gefahren. Koboldischer Lärm aber, so winkte der Philosoph ab, entstehe plötzlich und höre auch sehr schnell auf. Und wirklich: selbst der Abdruck einer ausführlichen Artikelserie in der *Zeit* verhinderte nicht das schnelle Verstummen jener Poltergeister, die in Haus und Hof mit den Bewohnern in allerlei neckischen und boshaft-spaßigen Streichen ihr Spiel treiben. Das Problem aber bleibe, hatte Jaspers betont, und so konnte das Spiel der Zwerge ihn fernerhin nicht davon abhalten, seine Ausführungen nicht nur - ergänzt durch längere Erläuterungen und drei neue Artikel - in einer Schrift „*Freiheit und Wiedervereinigung*“<sup>1)</sup>, sondern auch in der französischen Zeitschrift *Preuves* erscheinen zu lassen.

Was war nun das Problem, an dem der Lärm sich entfachte und das durch den Titel „*Freiheit und Wiedervereinigung*“ nur unzulänglich charakterisiert ist? Jaspers so offen sicht- und hörbar geäußerte Gedanken wären zweifellos nicht einmal eines Räusperns der Koblode für würdig befunden worden, hätte er sich auf solch platonische Gedanken wie den beschränkt, daß die Deutschen mit voller Klarheit wissen, was geschehen und aus diesem Wissen die Konsequenzen ziehen sollten, hätte er nicht fast beiläufig als Beispiel solcher Selbstbesinnung und Revision der geläufigen Auffassung deutscher Geschichte ausgerechnet die „sogenannte Wiedervereinigung“ gewählt. Reduziert man sein nicht gerade durchsichtiges philosophisches Wortgespinnst auf einen klar umreißen Kern, so gipfelten seine Darlegungen in der Feststellung, daß die Forderung der Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR nicht nur unreal, also unwirklich, sondern auch unrealistisch, also wenig erfolgversprechend sei. Es habe in folgedessen auch keinen Sinn mehr, deutsche Einheit zu propagieren, worauf es vielmehr ankomme, sei für die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone ein größeres Maß von Freiheit zu erstreben. Allein, auch solch scheinbar kühne Töne hätten kaum solch keifendes Echo entfacht — denn diese These *Ludwig Dehios* aus dem Jahre 1955 hatten sich drei Jahre später auch *Adenauer* und *Strauß* zu eigen gemacht —, hätte Jaspers nicht das Tabu „*Unteilbares Deutschland*“ angerührt, in einer Weise freilich, die es den Kritikern leicht machte, die Fäden aus dem so eng gewobenen Geflecht geschichts-

1) Erschienen bei Piper, München.

philosophischer Spekulationen, echter politischer Einsichten und schlichter Ressentiments zu ziehen.

Mag man auch darüber streiten, ob Jaspers Schuld- und Sühnegedanken die rechten Kategorien zur Beurteilung der Geschichte darstellen, seine Ausführungen lassen zumindest unmißverständlich deutlich werden, was schon in seiner Rede anläßlich der Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Herbst 1958 anklang: daß genaugenommen die deutsche Substanz sich politisch in vielen Gestalten gezeigt habe, das apolitische, tiefere deutsche Selbstbewußtsein nicht mit dem politischen Bewußtsein eines einzelnen deutschen Staates identisch sei. Es liege vielmehr in der Gemeinschaft vopolitischer Substanz, im Geist, in der Heimat. Tatsächlich braucht man sich nur die politische Gestalt des Heiligen Römischen Reiches, aber auch des Deutschen Bundes ins Gedächtnis zu rufen, um die Unhaltbarkeit der These „Unteilbares Deutschland“ historisch zu belegen. Die auch heute offen sichtbare Teilung leugnen zu wollen, bedarf es freilich juristischer Spekulationen, die Jaspers nicht mitzudenken gewillt ist. Gespeist von Anti-Bismarck-Ressentiments sieht er den Verlust der Ostgebiete als gegeben an, leugnet auch keineswegs die Realität des Ostzonenregimes, schreckt aber vor der letzten Konsequenz zurück, indem er der DDR den Charakter eines Staates vorzuenthalten möchte.

Während er also an der offiziellen bundesrepublikanischen These festhält, die DDR sei als ausländische Gewaltherrschaft kein Staat, sind seine Ausführungen über Polen weitaus realistischer. Wir können nicht genug unterstreichen, daß „alles freundliche Gerede gegenüber Polen wie nichts (ist), wenn die Oder-Neiße-Linie nicht anerkannt wird“, daß es zutiefst unwahrhaftig sei, Flüchtlingstreffen zu organisieren und den Leuten lauthals zu versprechen, sie würden in ihre Heimat zurückkehren, man aber in der Tat *Gomulka* bis heute die Antwort schuldig blieb, wie dies denn geschehen solle, wenn nicht mit Gewalt. '

Mit welchem gutem Recht der Basler Philosoph den Lärm um seine Äußerungen als koboldisch empfinden mußte, läßt sich vorderhand an der Entwicklung der letzten Monate ablesen. Angefangen bei der merkwürdigen Reaktion *Adenauers* auf den *Smirnow-Zwischenfall* in der Bonner Beethovenhalle, über das Hin und Her beim Abschluß des Handelsabkommens der Bundesrepublik mit der Sowjetunion bis zu den Polen-Verhandlungen des Krupp-Bevollmächtigten *Beitz* deutet vieles darauf hin, daß der deutsche Bundeskanzler den Status quo, und damit die Existenz der Bundesrepublik, durch Hallstein-Doktrin und Politik der Stärke nur noch ungenügend gewährleistet sieht. Das Fiasko dieser Politik, die als Maskerade einer vorgeblichen Wiedervereinigungspolitik ihren Sinn hatte, ist mittlerweile offen sichtbar und zu einer Gefahr für die Bundesrepublik geworden, die aufzurichten für sie so nützlich war. Von Anfang an war es ja Adenauer auf die Schaffung eines westdeutschen Staates angekommen. Anders als nach dem ersten Weltkrieg, wo er innerhalb der rheinischen Separatistenbewegung eine Loslösung des Rheinlandes, wenn schon nicht vom Reich, so doch von Preußen befürwortete, kam die politische Situation nach dem letzten Krieg seinem Streben entgegen. So sehr Adenauer als Realpolitiker die Chancen wahrgenommen hat, es wäre verfehlt, ihn für den Verlust der nationalen Einheit Deutschlands verantwortlich zu machen. Zum Kanzler der Bundesrepublik wurde er als kraftvoller Exponent einer jener zentrifugalen, föderalistischen Wellen, die von jeher in deutscher Geschichte mitschwingen — nicht mehr und nicht minder. Was für den Berliner *Walther Rathenau* 1919 eine bange Frage, war für Adenauer umgekehrt das Ziel seines Wollens: „Zieht Preußen von Deutschland ab, was bleibt? — Ein verlängertes Österreich, eine klerikale Republik: der Rheinbund.“

Inwieweit der Kanzler bewußt oder unbewußt handelte, ist ebenso müßig zu diskutieren, bis sich Historiker und nicht Hofchronisten der Frage annehmen können, wie

heute darüber zu rechten, ob die Russen vor acht, neun Jahren bereit gewesen wären, die Wiedervereinigung zu gestatten und dafür die Neutralität Deutschlands zu gewinnen. Immerhin bot *Stalin* dies in einer Note vom 10. März 1952 an, die Adenauer jedoch mit dem Hinweis abtat, der Westen müsse erst stärker werden. Allerdings ist es äußerst fragwürdig, ob die westlichen Alliierten nach den Erfahrungen der ersten Berlinkrise und Koreas eine Neutralisierung Deutschlands zugelassen hätten, solange sie sich den Russen überlegen glaubten, um dafür eine Einheit Deutschlands einzutauschen, die ihnen angesichts des sich enthüllenden Wirtschaftswunders nicht allzu sympathisch sein konnte.

Immerhin steht fest, daß die Russen noch 1955 Österreich freigaben und im gleichen Jahr nicht nur die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen, sondern auch deutschsprachiger Zivilisten erlaubten. Hatte die Politik des Bundeskanzlers sich bis dahin darauf konzentriert, den Westmächten Stück um Stück die Gleichberechtigung der Bundesrepublik abzurufen, so glaubte man damals so etwas wie einen Ansatz souveräner westdeutscher Außenpolitik zu spüren. Konnte den Russen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen soviel wert sein, wenn sie nicht weiterreichende Ziele verfolgten? Wer vermag zu sagen, ob sie nicht merkten, was sich in Ungarn und Polen anbahnte, ob sie nicht eine Möglichkeit suchten, die Zügel dort lockern zu können, um so den Druck aufzufangen und desto forcierter den wirtschaftlichen Wettkampf mit dem Westen führen und um die Gunst der Kolonialvölker werben zu können? Fest steht jedenfalls, daß die Argumentation, derer man sich bei der Wiederaufrüstung bediente, die Bundesrepublik müsse etwas haben, was sie den Sowjets als Preis bieten könne, sich in der Folge als illusorisch erwies. Fest steht, daß in keiner Weise versucht wurde, mit den Ländern des Ostblocks ins Gespräch zu kommen, wie es vor allem nach dem Umschwung in Polen opportun gewesen wäre.

Was hat es der deutschen Bundesrepublik eingebracht, daß sie die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abbrach, als *Tito* die DDR anerkannte, statt, wie *Pfleiderer* es vorgeschlagen hatte, im Gegenzug mit den Ostblockländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen?<sup>2)</sup> Was hat es den Westdeutschen eingebracht, daß sie DDR allenfalls in Anführungszeichen schreiben und am liebsten auch sprechen würden, daß sich die Bundesrepublik als Statthalter des ganzen, unteilbaren Deutschlands aufspielte? Was hat es ihnen eingebracht, daß Berlin als Teil der Bundesrepublik reklamierte und so der einzigen, wenigstens formalrechtlichen Garantie beraubt wurde? Erreicht wurde — und dies scheint der Kanzler deutlich zu spüren —, daß die Russen mehr denn je den Drücker in der Hand haben, es für die übrige Welt aber längst brennendere Probleme gibt als das deutsche. Während der Einfluß der Neutralen beständig wächst, sinkt das Ansehen der deutschen Bundesrepublik rapide, und zwar besonders in der sogenannten öffentlichen Meinung der westlichen Sieger. Interessant ist sie — überspitzt ausgedrückt — nur noch als Dukatenesel.

Für Adenauer ist somit heute, da neben Österreich und Liechtenstein zwei, und wenn nicht ein „Wunder“ wie seinerzeit in Moskau geschieht, bald drei weitere deutsche Staaten bestehen, die Frage der politischen Beziehungen zu Polen nicht von ungefähr zum Angelpunkt der bundesrepublikanischen Außenpolitik geworden. In dem Moment, in dem die These vom „unteilbaren“ Deutschland, die auszuhöhlen Jaspers so ausgezeichnete Vorarbeit geleistet hat, gefallen ist, steht die Tür zu Verhandlungen mit Warschau weit auf, einen Spaltbreit aber auch gen Pankow hin. Die Aufgabe der Fiktion, nur die Bundesrepublik repräsentiere Deutschland, läßt die Frage der Oder-Neiße-Linie vollkommen nebensächlich werden, da die Bundesrepublik keine gemeinsame Grenzen mit Polen hat. Der Antipreußenaffekt des katholischen Rheinländers verträglich so gut mit dem der Polen, denen die DDR ohnehin als Ausgeburt des verhaßten Preußen erscheint, daß Adenauer nicht ohne Grund hoffen mag, durch die

2) Vgl. auch Helmut Lindemann: Der Ernst des Politischen — oder vergebliche Mahnungen, GM, Mai 1961.

## VOM NUTZEN KOBOLDISCHEN LÄRMS

Aktivierung solch gemeinsamer Affekte die außenpolitische Macht wiederzugewinnen, die ihm in den letzten Jahren entglitten ist. In einem Paradoxon zugespitzt erscheint die Situation heute so, daß nur noch äußerste Beweglichkeit den Status quo retten kann, während Starre ihn unweigerlich zur Auflösung bringt. Einer Flucht nach vorn aber stand das Tabu Wiedervereinigung im Wege. Es ins Wanken gebracht zu haben, ist das Verdienst Jaspers.

Daß Polen der Ansatzpunkt einer neuen Politik sein wird, erhellt sich auch daraus, daß der neue amerikanische Präsident zu erkennen gegeben hat, wie sehr er Warschau seine Aufmerksamkeit zu schenken gedenke. Der deutsche Bundeskanzler geriete damit vollends in das Schlepptau *Kennedys*, während man von *Eisenhower* zuweilen das Gegenteil annehmen konnte — falls es ihm nicht gelingt, den Polenbemühungen des agilen Amerikaners zuvorzukommen und so vielleicht auch eine Spur von Handlungsfreiheit in der Berlinfrage zu gewinnen. Im übrigen dünkt es des Nachdenkens wert, ob nicht, im Gegensatz zu früher, die Westmächte heute nur zu gern der Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland zustimmen würden, die Bundesrepublik also ihre Existenzberechtigung verlöre.

Bei Licht besehen schimmert denn auch durch solche Überlegungen ein tieferer Grund, weswegen Karl Jaspers der Lärm um sein Interview so koboldisch anmuten mußte. Dieweil ein allgemeines Lamentieren darüber anhob, ob die Deutschen das Recht auf staatliche Einheit verwirkt hätten oder nicht, war sich Jaspers im Gegensatz zu seinen Kritikern über die verborgenen Zusammenhänge wirklich im klaren. Ihm ging es ja primär gar nicht um die Widerlegung der These vom unteilbaren Deutschland, als vielmehr um die Erweckung eines spezifisch bundesrepublikanischen Staatsgefühls, worin er sich mit *Winfried Martini* trifft, der wie er die Wiedervereinigung als illusorisch ablehnt. Der scheinbare Affront Jaspers wider alle Grundlagen der Bonner Politik entpuppt sich, unter die Lupe genommen, als deren Apologie, was vollends in dem Aufsatz über Adenauer deutlich wird, den Jaspers eigens seiner Schrift hinzugefügt hat. Worauf es in Wahrheit ankommt, ist der Abbau des Provisoriumscharakters der Bundesrepublik. Der Zusammenbruch und die Nachkriegsjahre haben deutlich gezeigt, was Deutschland den Deutschen wert war, und sie hatten in der Tat wesentlichere Sorgen, nämlich die um ihre nackte, individuelle Existenz. Gerade hierin liegt die Tragik eines *Kurt Schumacher*, der sich vielleicht als einziger der Entwicklung entgegenzustemmen suchte. Das bewußte „ohne mich“ von damals aber ist längst zu einer unterschwelligem Attitüde geworden, da sich auch mit Militär und demnächst Atomwaffen scheinbar ganz gut leben läßt in einem Staat, der nichts anderes mehr ist als eine Abstimmung der höchst individuellen Interessen. Was indes für den Aufbau der Bundesrepublik so nützlich erschien, erweist sich mehr und mehr als Hindernis. Die Paralyse des Nationalgefühls ist umgeschlagen in eine Paralyse des Staatsgefühls überhaupt. Während in der staatlichen Manifestation vom Provisoriumscharakter der Bonner Republik nichts mehr zu spüren ist, ja, kaum noch gesprochen wird, muß die Fundierung dieses Staates immer stärker als provisorisch empfunden werden, was nicht zuletzt die Diffamierungskampagne erkennen läßt, die seit geraumer Zeit gegen die Intellektuellen in der Bundesrepublik läuft und gegen die kürzlich *Walter Dirks* in den *Frankfurter Heften*<sup>3)</sup> aufgebehrte. Denn die Intellektuellen erscheinen als diejenigen, die durch ihre „zersetzende“ Kritik Bonn beständig den Spiegel des Provisoriums vor Augen halten.

Die Forderung nach Wiedervereinigung, die als bloßes „immer davon sprechen, nie daran denken“, lange Zeit so handlich war, ist zum Handicap bundesrepublikanischen Staatsgefühls geworden. Solange Deutschland als unteilbar, die Bundesrepublik als Provisorium gilt, läßt sie sich zwar in ein System militärischer Pakte einspannen, aber kein wirkliches Engagement des Volkes an die NATO erwarten. So nimmt es denn kein

3) Januar 1961. Vgl. auch den Aufsatz von Friedrich Heer im Januarheft 1961 der Gewerkschaftlichen Monatshefte.

wunder, daß ausgerechnet Jaspers das Tabu Wiedervereinigung ins Wanken brachte. Schließlich ist er es gewesen, der dem Westen zur Atombombe die Ideologie geliefert hat. Nur durch Ideologisierung des Volkes läßt sich ja der Opfermut erwarten, der dem Philosophen von der Schweizer Warte aus zur Verteidigung des Abendlandes notwendig erscheint. Liest man bei Jaspers, daß für den Fall eines Atomkriegs „unter Vernichtung von neun Zehnteln der Menschheit am Ende das Volk sich behauptet, der Staat siegt, der noch zuletzt im alten Opfermut kämpft“, die Träger der dem Soldatischen entfremdeten Gesinnung jedoch vernichtet würden, so glaubte man *Ernst Jünger* vor sich zu haben, wenn dieser nicht längst die Verführung der Stahlgewitter überwunden und begriffen hätte, daß es schon im zweiten Weltkrieg kein Heroentum, kein sinnvolles Opfer mehr gab, ein dritter Weltkrieg aber nichts anderes wäre als Weltuntergang ohne Sinn und Trost.

Indem diese Ideologie eines wehrhaften Abendlandes freigelegt wird, ist endlich der Punkt erreicht, von dem aus die Jasperschen Thesen kritisiert werden sollten. Sehen wir einmal davon ab, daß die Schaffung eines spezifischen Staatsgefühls der deutschen Bundesrepublik nur zu leicht die Ansätze für eine echte Einigung auch nur Westeuropas verschütten und auf *de Gaulles* „Europa der Vaterländer“ hinauslaufen könnte: Das unsinnige Gefasel vom wehrhaften Abendland, die naiven Vorstellungen des Ideologen, daß der Krenl eine Machtposition räumen, ein freier Oststaat neutral sein, die Bundesrepublik hingegen rüsten, für die „Selbstbehauptung des gesamten Abendlandes“, und damit „für sich und für den Bestand neutraler Staaten wirken müsse“, verhindert gerade eine realistische Besinnung auf die Möglichkeiten westdeutscher Außenpolitik, der Jaspers durch die Aushöhlung des Wiedervereinigungstabus und seine Bemerkungen zum Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen den Weg zu bereiten schien. Karl Jaspers bremst so die Überwindung des Status quo, und das heißt heute weniger das Fortdauern der Spaltung Deutschlands, denn das Fortführen des kalten Kriegs mit anderen Mitteln. Um dem zu dienen, würde der Kanzler nicht anstehen, sich selbst mit dem leibhaftigen *Ulbricht* an einen Tisch zu setzen, ist doch für beide das Regime des anderen die Garantie der eigenen Macht. Und nur zu gern würde der rote Machthaber dem Kanzler zu einem Wahlsieg verhelfen, müßte doch ein „Volkshelm“ gemäß den Vorstellungen skandinavischer Sozialdemokraten viel demoralisierender auf die DDR wirken als die kapitalistische Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik. Andererseits würde die Aufgabe der Fiktion vom unteilbaren Deutschland — und zu Ende gedacht die Anerkennung der DDR — nicht nur all denen den Wind aus den Segeln nehmen, die da glauben, die Einheit Deutschlands notfalls auch durch den Verlust unserer Freiheit erkaufen zu müssen und dabei auf eine wirtschaftliche Depression in Westdeutschland spekulieren, mit anderen Worten also zur erstrebten Festigung der Bundesrepublik beitragen, sondern auch am ehesten die Aussicht eröffnen, das Los der Deutschen in der DDR zu erleichtern.

Sähe man mit Jaspers in ehrlicher Anerkennung des Geschehenen die Spaltung Deutschlands als gegeben an und gestände sich darüber hinaus ein, daß — in der Sprache der ökonomischen Theorie gesprochen — der Grenznutzen einer Neutralisierung Deutschlands den Sowjets zu gering geworden ist, als daß sie die DDR als Preis hierfür zahlen könnten, so sollte dies doch nicht ein Abfinden mit dem Gegebenen bedeuten, sofern es den Deutschen ernst ist um den Frieden der Menschheit. Auch die klarste Einsicht hat nur dann einen Sinn, wenn sie das Handeln über das Vorgefundene hinauszuführen vermag. Handeln aber kann in der heutigen Situation nur Verhandeln bedeuten. Die Drohung eines Separatfriedens zwischen der UdSSR und der DDR würde in nichts zerfallen, käme die Bundesrepublik dem durch Friedensverträge mit den Westmächten zuvor, wobei Berlin als nicht zur Bundesrepublik gehörend ausgeklammert bliebe. Was indessen Berlin anbetrifft, so könnte der Vorschlag *Coudenhove-Kalergis* ins Gespräch

gebracht werden, die ehemalige deutsche Hauptstadt zum souveränen Sitz der Vereinten Nationen, gleichsam zur Kapitale der Welt, zu erheben, was gleichermaßen den Interessen der Russen, die UNO von New York zu lösen, wie denen des Westens, Berlin nicht in die Hände der Sowjets fallen zu lassen, entspräche.

Das Ziel einer primär der Freiheit und dem Frieden verpflichteten Politik sollte es zudem sein, die beiden großen deutschen Staaten gleich den beiden neutralen deutschen Staaten Österreich und Liechtenstein in einen neutralen Cordon sanitaire oder wenigstens im Sinne des *Rapackplanes* in eine militärisch verdünnte Zone einzubauen, und so einer Solidarität der Völker zu dienen, statt einem neuen deutschen Hegemonieanspruch, und sei es auch nur als Schild des Abendlandes. Der Fesseln der Hallstein-Doktrin ledig, ließen sich auch jene Konsequenzen unaufrichtiger Politik eliminieren, welche das Deutschtum belasten. Die Bundesrepublik könnte endlich nicht nur diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen, sondern auch, ohne wie bisher Rücksicht auf den NATO-Partner Italien nehmen zu müssen, Österreich in der Südtiroler Frage unterstützen und so allen Ernstes ihre Sorge um den deutschen Kulturraum dokumentieren, was bis dato allein dem Osten gegenüber geschah. Das weitere Auseinanderleben auch der beiden verbliebenen Teile des ehemaligen Deutschen Reiches ließe sich eindämmen, und so wenigstens das retten, was vom Deutschen bislang unteilbar war, das Bewußtsein und das Gefühl, eine gleiche Sprache zu sprechen, eben jener Gemeinschaft vopolitischer Substanz des Geistes und der Heimat anzugehören, die Jaspers in seiner Schrift beschwört. Statt gemeinsame Sportveranstaltungen wegen irgendwelcher Embleme, die im Vergleich zu dem, worum es wirklich geht, vollkommen sekundärer Natur sind, ebenso wie Gastspiele mitteldeutscher Bühnen zu erschweren, dürfte es dann nicht mehr schwerfallen, einen regelrechten Kulturaustausch, eine Ausdehnung des Handels und des Personenverkehrs anzubahnen.

Wie der Basler Philosoph es prophezeit hatte, ist das Gepolter der Zwerge verstimmt, das Problem hingegen geblieben. Solange die Ereignisse in Kuba, Laos, Algerien und am Kongo die Aufmerksamkeit der Akteure gefangennehmen, die Atempause anhält, die *Kennedy* und *Chruschtschow* einander in Wien gewährt haben, solange zudem der Wahlkampf in der Bundesrepublik die ohnehin träge Auseinandersetzung vollkommen unmöglich macht, solange mag das Problem, welches Jaspers endlich einmal in aller Öffentlichkeit bewußt gemacht hat, aus den Schlagzeilen verbannt sein und daher unaktuell erscheinen. Wie sehr jedoch die Jaspersche These unter der Hand an Boden gewinnt, vermögen einige Zeilen zu illustrieren, die einer der angesehensten bundesrepublikanischen Publizisten, *Rudolf Krämer-Badoni*, mit scheinbarer Beiläufigkeit in eine Besprechung von *Zwerenz'* „Ärgernisse“ einfließen ließ, und welche die derartigen Gedanken ansonsten gar nicht gewogene *Frankfurter Allgemeine* in ihrer Wochenendausgabe vom 20. Mai 1961 veröffentlichte: „Übrigens könnte man im richtigen Augenblick, nämlich wenn die Sowjets einmal in einer Klemme Rückenfreiheit brauchen und handlungsbereit sind, zwei getrennte, aber freie deutsche Staaten anbieten. Die Freiheit der meinetwegen sozialistisch bleibenden DDR würde man z. B. an einem echten Streikrecht erkennen. Und das alles nicht nur für die Mitteldeutschen, sondern für alle gefesselten Völker. Unpraktikabel? Nicht unpraktikabler als Wiedervereinigung; aber dem Horizont des demokratischen Freiheitswillens angemessener.“

Der koboldische Lärm um das Jaspersche Interview wäre nicht vergebens gewesen, vermöchten wir endlich die Konsequenzen aus dem Geschehenen — und wir sollten ehrlicher Weise hinzufügen, aus dem Versäumten — zu ziehen. Der Philosoph selbst aber, mag vieles an ihm auch kraus erscheinen, erwies sich zu guter Letzt als einer jener Kobolde, die tückisch nur, wenn sie belauscht oder sonstwie geärgert, im großen und ganzen aber hilfreich und nützlich sind, als gute Geister des Hauses den Penaten der alten Römer verwandt.